

Saale-Zeitung.

werden die Spaltenpreise über dem Raum mit 30 Zeilen und 20 Pfd. berechnet und in der Expedition, von unten Annahmestellen und allen Annahm-Expeditionen angemessen. Bekannt die Seite 7 Pf. Erscheint wöchentlich einmal, Sonntag und Feiertagen ausgenommen, sonst zweimal täglich. (Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich 2,50 M., für den Post 3 M., monatlich 2 M., einmonatlich 1 M., auswärts Postgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Nr. 6638 des amtl. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich; Max Scharre in Halle.

(Erscheinung: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 170.)

Dienstdreißigster Jahrgang.

Nr. 593.

Halle a. d. Saale, Mittwoch, den 19. Dezember

1900.

Reichstags-Diäten.

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben:

Unter den inneren des ersten zehn Tage dieser Session im Reichstagsbureau eingegangenen 57 Antikörperanträgen befindet sich ein solcher des Centrums, welcher durch die gegenwärtige Sachlage eine besondere Bedeutung gewinnt. Es ist der Antrag Groeber auf Gewährung von Anwesenheitsgeldern an die Reichstagsabgeordneten. Da er die Form eines Gesetzentwurfs trägt, geht er anderen gleichzeitigen Eingangs, aber in die Form von Resolutionen gleichenden Anträgen voraus und kann, sobald das Centrum wieder an der Spitze ist, von diesem als Verhandlungsgegenstand für den nächsten Schwereinstieg bestimmt werden. Es wäre bringen zu wünschen, daß, soweit der in die Kommission verwiesene Referentenrat zur Behandlung im Plenum noch nicht vorbereitet ist, die Diätenforderung die Priorität erhalte und der Reichstag dadurch in die Lage käme, nochmals, und zwar zum 12. Male, seine Überzeugung von der Notwendigkeit einer Entschädigung für die durch Ausübung des Mandats erwachsenden Unkosten zum Ausdruck zu bringen.

Einmal so oft und so bestimmt geäußerten Wünsche darf die Regierung nicht länger überdauern lassen. Sie muß den bisher von ihr vertretenen Standpunkt einer erneuten Prüfung unterziehen und kann ihn um so leichter modifizieren, als auch der Reichstag sein Postulat modifiziert, nämlich statt der Diäten, die stets zu zahlen waren, gleichwohl der Abgeordnete an den Sitzungen teilnehmend oder nicht, Präsenz- oder Abwesenheitsgeld, deren Name bezeugt, daß ihre Verabreichung von der Anwesenheit abhängt. Diese Änderung ist vorgenommen worden, um den Zweck der Maßregel sicherer zu erreichen; Präsenz- oder Abwesenheitsgeld bilden, präzise zu sein. Zugleich wollte man damit aber auch die Bedenken abwenden, die auf der rechten und in den dieser maßgebenden Regierungskreisen immer noch existieren.

Entschieden verlangt jetzt mit wachsender Bestimmtheit, daß eine Verlage geplant wird, welche unter Verzichtung der freien Arbeit Anwesenheitsgelde fordert. Wie weit die Vorbereitungen gegeben sind, bleibt dahingestellt. Jedenfalls ist die hauptsächlich von Preußen betriebene Opposition eingeleitet und damit die Wahrscheinlichkeit geschnitten, daß 14 Stimmen im Bundesrat die Verfassungsänderung hindern. Graf Bülow hat sich offenbar, ebenso wie andere verständige Menschen, davon überzeugt, wie wenig die früher an die Verwirklichung des Unkostenersatzes geknüpften Erwartungen in der Erfüllung gescheitert sind. Die extremen Parteien sind in den Reichstag eingegangen, das Parteiparlamentarium ist unvorgerichtet und die Beschlußfähigkeit zur förmlichen Annahme gescheitert. Der Sozialdemokrat, gegen welche der Diätenmangel vornehmlich einen Damm bedeuten sollte, hat er am wenigsten geachtet; sie wurde sich zu helfen und zahlte Entschädigungen. Aber gerade dieser Parteiführer ist etwas Unerschrockener; er bildet eine künstliche Kammer für das sonst zur Verleumdung neigende Fraktionsgefüge und unterwirft die nach Selbstständigkeit ringenden, aber ärmeren Genossen dem Vorwand auf Gnade und Ungnade.

Was sollen diesen vor aller Augen herrschenden Uebelständen gegenüber die Nebenwendungen vom Korsett des allgemeinen Wahlrechts, von der Weibeiwigung, die darin liegt, daß man die Erfüllung von Sozialverpflichtung abhängig machte, und was sonst noch in Selbsttäuschung geleistet werden mag! Die Diätenlosigkeit hat ihren Zweck verfehlt und Mißverhältnisse geschaffen, unter denen der ganze Parlamentarismus und schließlich die Regierung selber leidet. Die Alternative liegt gegenwärtig einfach so, entweder gewährt man Entschädigungen oder verweigert die Beschlußfähigkeit. Wie der Abgeordnete, die oft widerstrebend und mit dem Vorbehalt, nur selten zu erscheinen, das Mandat übernehmen haben, können die Kosten, welche das Berliner Hotelleben verursacht, nicht an eigener Tasche zahlen und sie können ferner die Verantwortung ihres am Wohnort anzuhäufenden Vermögens vor sich und ihrer Familie kaum verantworten. Durch solche Mißstände ergibt sich gleich anfangs der Kreis der Kandidaten ein; werthvolle Elemente der Bevölkerung werden ausgeschlossen. Die Gewählten stellen sich meist nur zu großen, unersichtlichen Tagen oder, durch Telegramme mißglücklich herbeigeführt, zu ganz wichtigen Abstimmungen ein. Eine Trägheit von 40-50 wird zur Regel und das Plenum zu einer erweiterten Kommission.

Sind hier ist es der Sinn der bösen That, daß sie fortzuziehen Böses mit gebracht. Der geringe Versuch verzögert die Verhandlungen; dem jedem Substantiv tritt eine Deutung mit der Auslegung gegenüber. Die Länge der Session erschwert aber erst recht die darüber die Teilnahme an derselben. Früher bildeten dreimonatliche die Regel, jetzt fünfmonatliche die Ausnahme. Wichtige Beschlüsse werden deshalb mit Zufälligkeiten gefaßt, die Folgen getriebener Bestimmungen nicht immer ausreichend überlegen, der Vorschlag an verfehlten Stellen schon verfehlt. Die wenigen Abgeordneten, die wirklich arbeiten, sind überfordert. Andere können, weil sie Doppelmandate übernehmen, „politische Amphibien“ werden müssen, ihre Kraft nicht konzentrieren. Kurz, es kommt ein Zustand heraus, den man weder mit Rücksicht auf Ansehen und Würde des Parlamentes noch auf die Technik der Gesetzgebung für wünschenswert erachten kann.

Darum sollen Diäten, in welcher Form immer sie gewährt werden, noch keine Parteiforderung dar. In einem ordnungsmäßigen Parlament, des parlamentarischen Apparates wird mehrere alle Parteien, die auf dem Boden der Verfassung stehen, gleichmäßig repräsentiert. So hat sich denn auch unter den Konventionen ein Wandel der Ansichten vollzogen, der bei der Beratung des letzten

Diätenantrags vom 28. März d. J. zum offenen Ausdruck kam. Die um Arbeitslohn enthielten sich der Abstimmung, weil sie gehalten waren; die um Lohnhöhe stimmten zum noch dagegen, aber sprachen nicht mehr dagegen, da in ihren Munde ebenfalls die Meinung um sich griff, daß ein Entgelt für Anwesenheit auch dann nicht länger verlangt werden darf, wenn keine Wahlrechtsänderung damit verbunden ist.

Die Zeit hat geirrt, und Graf Bülow kann nun ihren Versuch vollziehen. Eine Erfahrung von dreißig Jahren macht es unwahrscheinlich, die Idee zu schließen, die bei der Erörterung der vorberühmten Bundesverfassung aus falschem Vorurteil gelassen wurde. Der Reichstagler aber wird wesentlich mit Faust denken: „Was muß gegeben, mag's bald gegeben!“

Deutsches Reich.

Das Verhalten des Centrums zur Sozialpolitik.

Von dem wir in unserem Beilagen vom 13. Dezember schon sagten, daß es für die Freunde einer Fortsetzung der Handelsverträge alle Veranlassung wäre, nachzufragen zu sein und auch der immer härter werdenden agrarischen Agitation innerhalb des Centrums volle Aufmerksamkeit zu schenken, wird neuerdings rechtlich illustriert durch eine Note, welche der Hr. Dr. Schm am Sonntag in einer Besprechung des Reichstagsbureau bereits zu Gesicht gebracht. Während es die Centrumsmänner entsprechend der Faktion ihrer Partei bisher immer noch verstanden hatten, offen auszusprechen, wie sie immer noch die künstlichen Getreidezölle denken, hat Dr. Schm aus seinem Munde keine Mißbilligung gemacht und folgende agrarische Ansichten zum besten gegeben:

„Ganz Bayern habe nur 594 Grundbesitzer mit mehr als 100 Hektar Weizen, und Bayern spiele dem Bauern eine ganz andere Rolle als beim Anbau von Getreide oder gar bei einem Eisenbergwerk. Bei den letzten Handelsverträgen seien die bayerischen Bauern am meisten unter die Härten gekommen, da die in Bayern vorzugsweise angebaute Weizen aus überhöhten Tarifen fast nicht mehr. Deshalb ist für die bayerische Landwirtschaft das Allerwichtigste, daß alle vier Getreidearten gleichmäßig tarifiziert werden, da auf diese Weise kein Landbesitzer auf Kosten des anderen verlustig werde und nur dadurch die ausdehnung notwendiger vollkommener Einigkeit unter den Bauern erreicht werden könne. Die bayerischen Centrumsmänner würden völlig dahin einig, daß alle vier Getreidearten gleich zu tarifizieren seien, und er könne den Bauern zu diesem Zweck empfehlen, demjenigen, der eine noch höherer Tarife, den vier Getreidearten zu geben. Ein Mindestzoll von 6 M. für alle vier Getreidearten erziele im Interesse der Landwirtschaft ein sehr günstige Förderung.“

Nach diesen Auslassungen zu urteilen, sieht man im Centrumslager den wichtigsten Anzeichen nicht das Mindeste nach, denn geschnitten wird der Appetit mit dem Essen zu kommen, und so kann man mit voller Zuversicht erwarten, daß sich der 6 Mark-Zoll selbst auf Kosten des anderen verlustig werde und er könnte den Bauern zu diesem Zweck empfehlen, demjenigen, der eine noch höherer Tarife, den vier Getreidearten zu geben. Ein Mindestzoll von 6 M. für alle vier Getreidearten erziele im Interesse der Landwirtschaft ein sehr günstige Förderung.“

„Ich habe mit Schrecken von den Zöllen von 7 1/2 bis 10 M. gelesen, welche von österreichischen Grundbesitzern gefordert werden. Ich glaube nicht, daß das Centrum auf solche Zölle einzugehen wird, die dem Arbeiter das Brot erheblich verteuern. Es ist dringend zu empfehlen, daß von Seiten der Arbeiterschaft energig einzuwirken gegen die hohen Getreidezölle erhoben wird, und zwar in Form einer Gegenpetition gegen jene Grundbesitzer.“

Mit diesen recht zutreffenden Ansichten kam er natürlich bei den ähnlichen Bauern schon an, und eine Hege gegen die Bauern, wie sie im Buche steht, war das Mindeste, das man ihm vorwarf. Darob erwidert Herr Müller-Friede nochmals, und zwar 10 M. gelesen, welche von österreichischen Grundbesitzern gefordert werden. Ich glaube nicht, daß das Centrum auf solche Zölle einzugehen wird, die dem Arbeiter das Brot erheblich verteuern. Es ist dringend zu empfehlen, daß von Seiten der Arbeiterschaft energig einzuwirken gegen die hohen Getreidezölle erhoben wird, und zwar in Form einer Gegenpetition gegen jene Grundbesitzer.“

Sozialdemokratische Praxis.

Wie recht wir hatten, als wir den übereifrigen Staatsräthen zuwies, die vorübergehende Erhebung der Sozialdemokratie nicht durch die einflussreichen Mittel von der Verhüttung der ihnen vorzugsweise ankommenen Beihilgung am öffentlichen Leben anzuschließen, sondern sie selbst bei Durchführung ihrer phantastischen Weltverbesserungspläne mit der rauhen Wirklichkeit ankommen lassen zu lassen, ist in letzter Zeit gar oft erwiesen worden. Das die ganze Theorie nur Theorie bleibt, daß sich die Dinge hart im Munde zeigen, müssen selbst die wackelsteher „Genossen“ einsehen, sobald sie selbst in die Rolle des übermäßigen Unternehmens verlegt werden oder im Verlage der kommunalen Gewalt die Geschäfte einer ganzen Gemeinde zu leiten haben. Der Mißstand in der Dendree des Leipziger

Sozialdemokratischen Parteiführers spricht für unsere Annahme. Nach dieser tritt der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis zu Tage in der Erklärung der Parteiführung, die in diesen Fällen eine ganz eigenartige Bemerkung des Streikbruchs hat. Bekannt sind auch die Vorkänge in Konsumverträgen, die in den Händen der Sozialdemokraten waren, in der Wackereragenoffenheit, der die Gesellen wegen der Profittager ihrer Genossen den Rücken feierten. Zeitlich die Theorie in dem Verhältnis von Arbeiter und Arbeitgeber mit der Praxis in Konflikt so liegt neuerdings ein hochinteressanter Fall vor aus einer sozialdemokratischen Gemeinde in der Provinz, in der ein großer Teil der Genossen der Parteiparole nicht Folge leistete. Ueber diesen Fall berichten die „Zeit. Vol. Nachr.“:

In der hiesigen Stadt Fürth haben die Sozialdemokraten die Mehrheit in der Gemeindevertretung. Wie aus den Verhandlungen des letzten hiesigen Parteitag hervorgeht, hat ein Teil der sozialdemokratischen Gemeindevertreter in Konformität der Parteiparole gegen die meisten Steuern die Aufhebung der in Fürth wie in den meisten hiesigen Städten in erheblichem Umfang bestehenden direkten Verbrauchsabgaben beantragt, ist aber von einem anderen Teile der Genossen im Einverständnis mit dem Parteiführer nicht angenommen worden, welche mit der nichtsozialdemokratischen Mehrheit zusammen den sozialdemokratischen Antrag ablehnten, und zwar ist dieses ablehnende Verhalten auf dem sozialdemokratischen Parteitag damit begründet worden, daß, wenn die indirekten Konsumabgaben aufgehoben würden, die direkten Steuern herbeigeholt werden müßten und unter deren Druck ein erheblicher Teil der jetzigen Anhänger der Sozialdemokratie von dieser abfallen würde. In der sozialdemokratischen Theorie werden schließlich alle Verbrauchsabgaben aus dem Grunde verworfen, weil sie angelegentlich eine Überlastung der ärmeren Schichten der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiter, bedeuten und von ihnen als schwerer Druck empfunden werden. Die sozialdemokratische Praxis kehrt aber die bestehenden Verbrauchsabgaben ab, weil andererseits die direkten Steuern gerade von den breiten Massen der Bevölkerung so drückend empfunden werden würden, daß sie sich von den Lieberern der Umwandlung indirekter Abgaben in direkte abwenden würden.“

Das Verhalten der Sozialdemokratie in der hiesigen Gemeindevertretung ist somit ein neues Beispiel dafür, daß die Utopien an idealen Fortschritt werden, sobald sie Gegenstand finden, nach ihrem Rezept drauf los zu regieren. An den Parteien herübergehen ist jedoch der Fingerzeig, den das Vorgehen der hiesigen Sozialdemokraten nach der offiziellen Anweisung enthalten soll. Der neuliche Konsumvertrag des Mühlwollensjähres die Erhöhung der Materialabgabe stand auf recht schwachen Füßen. Das scheint kein Verstoß anzusehen selbst eingeleitet zu haben. Er macht deshalb die „Genossen“ schnell zu seinen Verbündeten, die ihm zugehen,

auf welchem Wege, wenn anders in der Folge wirklich eine Vernehmung der Maßbestimmungen möglich werden sollte, dieses Ziel in der für die breiten Massen der Bevölkerung am wenigsten hinderlichen Weise erreicht werden kann. Nach der Begründung des sozialdemokratischen Votums in Sachen der hiesigen indirekten Konsumabgaben wird dieses Ziel auf dem Wege der weiteren Ausübung der indirekten Besteuerung in die Höhe und nicht durch härtere Belastung der Bundesstaaten, welche zu einer Vernehmung der direkten Landessteuern führen müßte, zu erreichen sein.“

Die Gemeindeverteilung der Stadt Fürth werden föhlich übersehen, wie schnell eine Regierungsvorbeziehung ihrer Praxis für die großen Steuerprobleme anhängt. Ob die Verteilung den abnehmenden Gewerkschaft Genossen werden wird wohl schon in den nächsten Tagen klar sein, denn daß ihr Verhalten allen Regeln einer gebundenen Steuer- und Wirtschaftspolitik geradezu Hohn spricht, bedarf wohl kaum erst noch eines besonderen Hinweis.

Politische.

* Mit dem Grafen Pofodowsky und dem Wietpaff zwischen ihm und dem Reichstagler beschäftigt sich jetzt auch schon die offizielle Presse. Die Münchener „Allg. Ztg.“ die bisher als Pofodowsky-offiziell galt, zieht jetzt das Wilowische Register und schreibt:

„Auch wir haben gefunden, daß die Ausfahrungen des Staatssekretärs im Widerspruch stehen mit denen des Reichstagsler. Darum glauben wir aber noch keinenfalls an einen gewissen Gegensatz zwischen dem Grafen Pofodowsky und dem Reichstagsler. Dieser konnte als völlig unbedeutender Mißverhältnis erhalte das Vorwissen für einen Angriff und werde eine Wiederholung nicht dulden. Der Staatssekretär aber trägt die Verantwortung, und es ist begreiflich, wenn er nach Entschuldigungen sucht und sich verteidigt, hinsichtlich wachsenden der Schlägen der Gegner verweigert. So gewann es den Anschein, als ob er anders über das Kommunismus denke als der Reichstagsler, während in Wirklichkeit ohne Zweifel dieser recht hatte, wenn er behauptete, er wolle sich in voller Uebereinstimmung mit dem Staatssekretär. Es ist nicht wenig angelegentlich, wie Graf Pofodowsky in der Reichstagsabstimmung vom 11. Dezember auf das sogenannte Gesetz zum Schutz der Arbeitwilligen in zu eingehender Weise zurückkommen zu sollen gedenkt. Sein warmes Interesse für die letzter Zeit von der Reichstagsabstimmung so hervor gehobenen Gesetz hat sogar die, die bei der Vermutung erwidert, der Staatssekretär würde sich mit der Arbeiterschaft einverstanden, vielleicht etwas verbitterte Aufgabe dieses Gesetzentwurfes zu veranlassen und eine Durchdringung noch einmal ein Ziel Lebenskraft zu legen. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß ein so gewiegter Staatsmann wie Graf Pofodowsky sich über das Gesetz hinweg und gegenwärtig in dem dem Reichstagsler nicht weniger als in dem Reichstagsler ein derartiger Verstoß sehr leicht in die Situation setzen und zur Wirksamkeit erzeugen und Abweitung erfahren würde.“



54
Gr. Ulrichstr.
54.

M. Bär

54
Gr. Ulrichstr.
54.

== Neu eingetroffen! ==

Passend für Weihnachts-Geschenke.

Bauhtische vom einfachsten bis zum elegantesten Genre.
Bauernische vom einfachsten bis zum elegantesten Genre.
Paneele in allen Längen.
Bücher-Etagèren 3- und 4theilig.

● Ein Posten diverse **Nickeltische** äußerst preiswerth. ●

Holz-Vogelbauer mit Ständer von M. 5,65 an.
Aufsätze ganz besonders billig.

Zell-Schaukelpferde
in allen Preislagen
wieder eingetroffen!

Spielwaren

Parterre rechts.
Ueberraschende Auswahl. Enorm billige Preise.

Zell-Schaukelpferde
in allen Preislagen
wieder eingetroffen!

Vergleichen Sie bitte Preise, Qualität und Größe.

Umtausch bereitwilligst gestattet.

M. Bär.



Große Auswahl
Klavierstuhl
Bauernische
Stühle
Schaukel
Stühle
Wägen
Sessel
Sofa
u.
c.

Otto Maseberg,
Möbelfabrik, Gr. Ulrichstraße 10,
Hans in Tour, Hof links.

Für Weihnachts-Einkäufe.

Billigste Preise. Grösste Auswahl.
Gefällige Ordres bitten rechtzeitig.

Pottel & Broskowski!

S. Weiss,
Halle a. S.
Empfehle mein
Großes Lager
in
Stoffen, Tuchen
und
Büchsein
zu niedrigsten Preisen
zum Verkauf.

Aug. Weddy
Rolljalousie-Pulte
von 150 Mark an.
Verschluss sämtlicher Fächer durch
Herausblenden der Jalousie.



Goldfüllfedern 6—20 Mk.
Illustr. Catalog umsonst u. postfrei.

Müller & Barth,
Grosse Ulrichstrasse 63, I. (am Kleinschmieden)
empfehlen

*Teppiche,
Portièren,
Tischdecken,
Reisedecken,
Bettedecken,
Schlafdecken,*

*Ziegenfelle,
Teppichronleger,
Gobelinbilder
Kissen,
Fenstermütel,
Frisse in allen Farben*
in grosser Auswahl zu billigsten Preisen.

**Weihnachts-Präsent-
Cigarren- u. Cigarrettenkischen**
in allen Preislagen empfiehlt
Fritz Niemeyer, Leipziger Strasse 3
(Bruno Hoewes), (am Markt).

Spezial-Geschäft.
Kämme, Bürsten, Bar-
tümerlein, Seifen,
Toilette-Artikel.

zu
Weihnachts-Geschenken
passend:

Alexander Paetzelt,
Kamm- und Bürsten-Garnituren, Reise- und Taschen-Accessoirs.
Leipziger Str. 9, gegenüber Ulrichstraße.



2000 Stück!
Die schönsten Bavarischen
Edel- u. Rothtannen
von 1 bis 9 Meter Höhe
sichem Preiswerth zu ver-
kaufen.
Früheres Reichbahn-Grundstück
an der Moritzburg.



Für den Anzeigenteil verantwortlich: B. König in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Mit 3 Beiblättern.